



## 2. SRG-Trendumfrage zur Abstimmung vom 24. November 2024

### **Vor der Schlussmobilisierung:**

Ausbau Autobahnen – Pattsituation bei Nein-Trend

Mietrecht Untermiete – Pattsituation bei Nein-Trend

Mietrecht Eigenbedarf – Mehrheit dagegen bei Nein-Trend

Einheitliche Finanzierung Gesundheitswesen – Mehrheit dafür bei Nein-Trend

**Studie im Auftrag der SRG SSR**

Team: [Lukas Golder](#) [Martina Mousson](#) [Alessandro Pagani](#) [Roland Rey](#) [Adriana Pepe](#)



**Hätte die Abstimmung vom 24. November 2024 bereits am 1. November 2024 stattgefunden, wäre die Vorlage zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen mit 54 Prozent Befürwortenden angenommen worden. Ganz knapp gilt gleiches für die Mietrechtsvorlage zur Untermiete Eigenbedarf (50% eher/bestimmt dafür). Hingegen wären die Mietrechtsvorlage zum Eigenbedarf und knapp auch der Autobahnausbau abgelehnt worden (53% resp. 51% eher/bestimmt dagegen). Bei allen vier Vorlagen sind die Nein-Anteile über den Kampagnenverlauf angestiegen, während sich die Ja-Anteile verringert haben. Am deutlichsten ausgeprägt ist dieser Nein Trend beim Mietrecht Untermiete gefolgt von jenem zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen. Bei Behördenvorlagen wie den vier zur Abstimmung kommenden Vorlagen entspricht dies dem Ausnahmefall der Meinungsbildung.**

Der Stand der Meinungsbildung bleibt unterschiedlich fortgeschritten: Am weitesten fortgeschritten ist er bei der Vorlage zum Autobahnausbau, gefolgt von der Mietrechtsvorlage zum Eigenbedarf und jener zur Untermiete. Dahinter zurück bleibt der Stand der Meinungsbildung bei der Vorlage zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen.

Die angestiegene Stimmbeteiligung liegt mit 51 Prozent über dem langjährigen Durchschnitt (47% zwischen 2011 und 2023 gemäss BFS).

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung nur um eine Momentaufnahme rund zwei Wochen vor dem Abstimmungstag und nicht um eine Prognose zum Abstimmungsausgang. Die Ergebnisse können im Wellenvergleich allerdings auch als Trends interpretiert werden. Die Studie beschreibt somit den Stand und die Trends in der Meinungsbildung vor der Schlussmobilisierung.

Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von  $\pm 2.8$  Prozentpunkten.

Die Befunde der Umfrage werden anhand des [Dispositionsansatzes](#) von gfs.bern theoretisch verortet.

[Hier](#) finden sich Hintergrundinformationen zu den Vorlagen der November-Abstimmung und [hier](#) zur Methode der SRG-Trendumfragen.

Ausserdem können Sie [hier](#) eine vollständige Grafiksammlung herunterladen und [hier](#) den aktuellen Abstimmungsmonitor des Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) zur Mediensituation im laufenden Abstimmungskampf.

Teilen: [Artikel schicken](#)

## Inhaltsverzeichnis

- [Ausbau Autobahnen](#)
- [Mietrecht](#)
- [Einheitliche Finanzierung Gesundheitswesen](#)
- [Teilnahmeabsichten](#)
- [Zitierweise](#)

- [Methode und Datengrundlage](#)



## Trend Übersicht Stimmabsichten

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Vorlagen abgestimmt würde, würden Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

bestimmt dafür    eher dafür    weiss nicht/keine Antwort    eher dagegen    bestimmt dagegen

### Ausbau Autobahnen

Ausbau Autobahnen / 5. Oktober 2024	31	20	4	13	32
Ausbau Autobahnen / 1. November 2024	36	11	9	42	

### Mietrecht: Untermiete

Mietrecht: Untermiete / 5. Oktober 2024	30	29	8	16	17
Mietrecht: Untermiete / 1. November 2024	32	18	3	14	33

### Mietrecht: Eigenbedarf

Mietrecht: Eigenbedarf / 5. Oktober 2024	27	22	5	21	25
Mietrecht: Eigenbedarf / 1. November 2024	29	15	3	15	38

### Finanzierung Gesundheitswesen EFAS

Finanzierung Gesundheitswesen EFAS / 5. Oktober 2024	29	32		13	14	12
Finanzierung Gesundheitswesen EFAS / 1. November 2024	30	24	9	14	23	

© GfS Trend / gfs.bern Abstimmungen vom 24. November 2021 / 2. Welle: 20. Oktober - 7. November 2021 / (n = 915)

# Ausbau Autobahnen

## Pattsituation beim Autobahnausbau

Die anfängliche knappe mehrheitliche Zustimmung zum Autobahnausbau ist über die Hauptkampagnenphase weggebrochen. 47 Prozent der teilnahmewilligen Stimmbürger:innen hätten für (-4 Prozentpunkte (ppt.)) und 51 Prozent gegen den Autobahnausbau gestimmt (+6 ppt). Unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers präsentiert sich rund drei Wochen vor dem Abstimmungstermin eine Pattsituation.

Die Erwartung der Teilnahmewilligen hinsichtlich des Abstimmungsausgangs ist hingegen deutlich im Ja: 75 Prozent gehen von einer Annahme aus, nur 25 Prozent von einer Ablehnung. Der Ja-Anteil für den Abstimmungssonntag wird im Mittel auf 53.2 Prozent geschätzt.



**Vorläufiges Konfliktmuster:  
Unterstützung insbesondere von  
Mitte-Rechts, von Männern,  
Hochgebildeten, gut Verdienenden  
und von Personen mit Vertrauen in  
die Regierung**

Die primäre Konfliktlinie verläuft bei der Behördenvorlage zum Ausbau der Autobahn entlang des politischen Links-Rechts Spektrums und ist stark polarisiert. Die Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien befürwortet den Autobahnausbau deutlich. Grüne-, SP- und GLP-Wählende stellen sich mehrheitlich gegen die Behördenvorlage. Der eingesetzte Nein-Trend bestätigt sich über alle Parteaaffinitäten hinweg, allerdings nicht überall gleich stark. Einzig bei den Parteiungebundenen ist ein Trend in Richtung Zustimmung festzustellen. Ein Meinungsumschwung findet jedoch nicht statt. Es zeichnet sich damit kein Elite-Basis-Konflikt ab.

Klar divergierende Stimmabsichten bleiben bei folgenden Gruppen bestehen: Teilnahmewillige Männer, Personen mit höherem Haushaltseinkommen, mit mittlerer und tiefer Bildung, aus kleineren und mittleren Agglomerationen und jene, die der Regierung vertrauen, stimmen dem Autobahnausbau mehrheitlich zu.

## Fortgeschrittener Stand der Meinungsbildung

Gestiegene 78 Prozent äussern eine feste Stimmabsicht (+15 ppt.). Zudem lassen sich hohe 84 Prozent der frühen Stimmabsichten durch die Argumente gut nachvollziehen. Beides entspricht vergleichsweise hohen Werten.

Insgesamt hat sich das Meinungsbild weiter verfestigt. Lediglich rund ein Fünftel, namentlich die tendenziell Entschiedenen sowie die gänzlich Unentschiedenen (2%) zeigt kein gefestigtes Meinungsbild.

Ihre jeweiligen Gegengruppen sind kritisch in der Beurteilung der Vorlage.

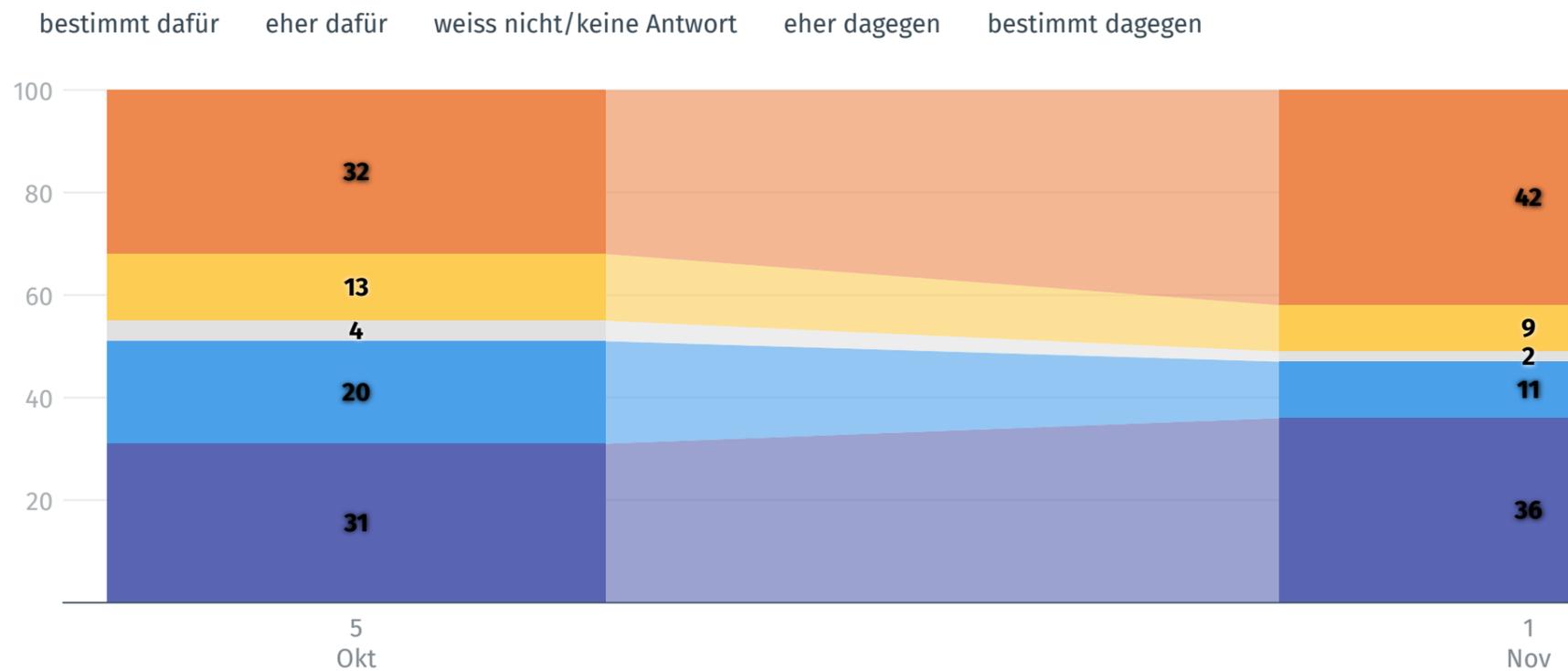
Hälftig geteilt sind die Stimmabsichten bei den Auslandschweizer:innen und bei Personen in der italienischsprachigen Schweiz. Ablehnung und Zustimmung halten sich hier in etwa die Waage. Ähnlich präsentiert sich die Situation in den anderen beiden Sprachregionen. Mit dem Unterschied, dass es jeweils nicht für eine absolute Mehrheit reicht. Insgesamt zeigt sich über alle Sprachregionen hinweg eher ein gespaltenes und polarisiertes Bild.

In den meisten Untergruppen bestätigt sich der Nein-Trend. Bei den deutschsprachigen bestimmt Teilnehmenden sowie denjenigen aus ländlichen Regionen und jenen mit einem Haushaltseinkommen zwischen CHF 7'000 und 11'000 Fr. hat sich ein Mehrheitswandel vollzogen. Ein Nein-Trend blieb hingegen bei den Personen aus, die Vertrauen in die Regierung haben und im intermediären Gebiet leben. Sie sprechen sich weiterhin mehrheitlich für die Vorlage aus.

## Stimmabsicht Ausbau Autobahnen

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)



### Argumente: Führt zu noch mehr Verkehr vs. Entlastung von Ausweichverkehr

Alle drei Ja-Argumente sind weiterhin breit abgestützt: Jeweils eine Mehrheit erachtet das jetzige Autobahnnetz als überfüllt, ist damit einverstanden, dass die jährlichen Abgaben ins Strassennetz selbst investiert werden und sieht den Autobahnausbau als notwendig an, um die Zentren und Wohngebiete zu entlasten. Ebenso finden die Nein-Argumente bei einer Mehrheit rund drei Wochen vor den Abstimmungen Zuspruch: nämlich, dass der Autobahnausbau unbebaute Flächen und Landwirtschaftszonen zerstört, die bestehenden Probleme nicht durch einen Ausbau der Autobahn gelöst werde, sondern die zusätzliche Strassenfläche nur zu mehr Verkehr führen würde und der geplante Ausbau dem Klima schadet.

Indexiert stehen die Teilnehmewilligen argumentativ der Befürworterschaft und der Gegnerschaft jeweils etwa gleich nahe. Insgesamt ist die Zustimmung in der Stimmabsichtsfrage bei allen Parteien ausser der SVP und der GLP praktisch deckungsgleich.

Bei der SVP ist der Argumentenindex leicht höher als die tatsächliche Stimmabsicht. Im Falle der GLP verhält es sich gerade gegenteilig.

Grundsätzlich besteht eine noch höhere Kongruenz zwischen Stimmabsicht und Haltung zu den Argumenten als noch zu Beginn der Hauptkampagnenphase, was zusätzlich auf einen inhaltlich fundierten Stimmentscheid hindeutet (Erklärungsgrad Regressionsmodell: 84%). Zudem bleiben die bisher wirksamsten Pro- und Kontra-Argumente auch weiterhin diejenigen mit dem grössten Einfluss auf die Stimmabsichten. Bei den Pro-Argumenten entfaltet jenes mit der geringsten Zustimmung die stärkste Wirkungskraft: Wer den Autobahnausbau als notwendigen Schritt für die Entlastung der Zentren und Wohngebiete erachtet, stimmt eher für den Autobahnausbau. Auf der Gegenseite lehnen bestimmt Teilnehmende, die den Autobahnausbau nicht als Lösung für die bestehenden Probleme sieht, die Behördenvorlage eher ab.

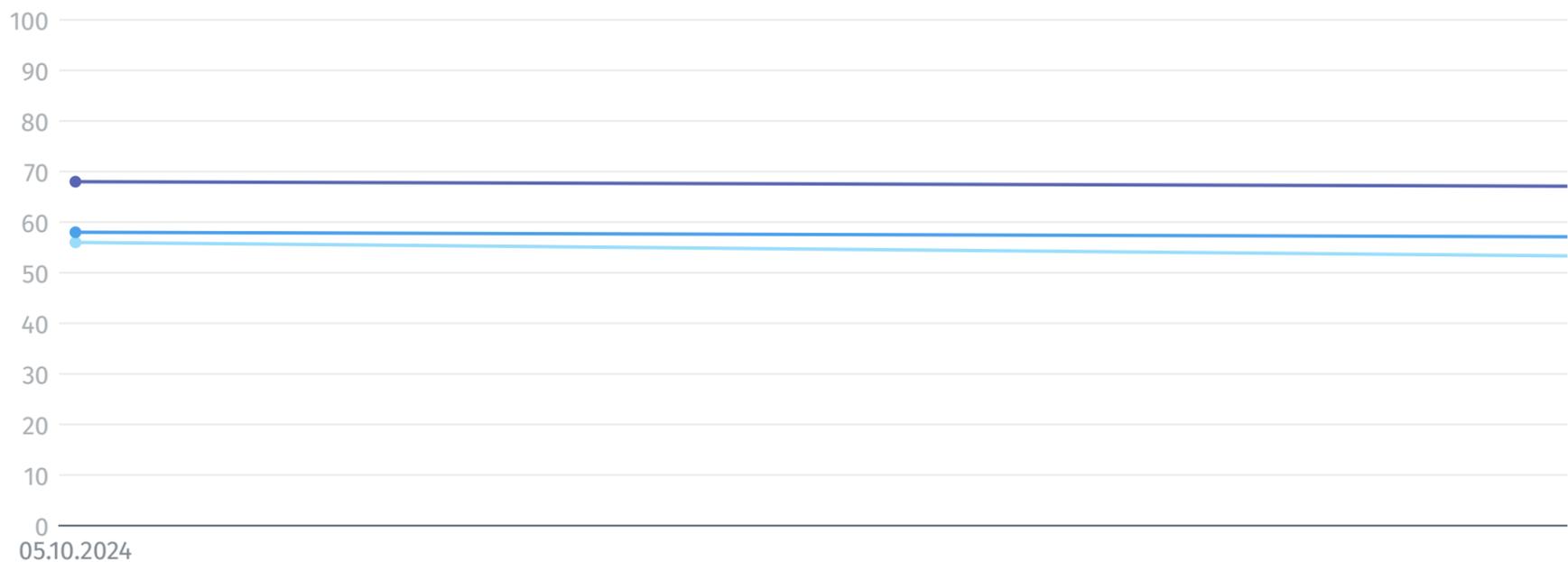
## Pro-Argumente Ausbau Autobahnen

Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit dem Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

Pro-Argumente    Contra-Argumente

— Das jetzige Autobahnnetz ist für eine Bevölkerung von 6 Mio. gebaut und platzt heute aus allen Nähten. — Autofahrer zahlen jährlich über Steuern (Autobahnvignette, Zuschlag auf Benzin und Diesel) viel Geld für das Strassennetz. Dieses Geld muss jetzt für die Reduktion von Staus investiert werden. — Ein Ausbau der Autobahnen ist nötig, damit Autos und Lastwagen nicht länger durch Zentren und Wohngebiete ausweichen und dort die Strassen verstopfen.



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)



### Trend in der Meinungsbildung

Über den Verlauf der Hauptkampagnenphase hinweg hat ein Nein-Trend zum Autobahnausbau eingesetzt. Der Vorsprung der Ja-

Seite ist massgeblich geschrumpft und Stand heute wäre der Autobahnausbau knapp abgelehnt worden. Für eine Behördenvorlage entspricht dies dem Ausnahmefall, und der übliche Angleich der Stimmabsichten an die Position von Parlament und Bundesrat bleibt vorerst aus. Aktuell lässt sich dies durch das eher überdurchschnittlich mobilisierte linke und städtische Milieu erklären, welches der Vorlage kritisch gegenübersteht. Bleibt die hohe Teilnahmebereitschaft der Gegnerschaft bis zu den Abstimmungen bestehen, führt dies zu einer anhaltenden Polarisierung Richtung Nein.

Mobilisiert aber die Befürworterschaft im Endspurt stärker, könnte der Ja- Anteil auch halten und eine Annahme läge damit im Bereich des Möglichen.

Dies würde eine Mobilisierung der intermediären Gebiete, von Männern und von Stimmberechtigten mit Parteienaffinität Mitte-Rechts, mit hohem Vertrauen in die Regierung und mit hohem Haushaltseinkommen bedingen.

Somit spricht der Trend eher für ein Nein. Die aktuellen Stimmverhältnisse und die Beurteilung der Argumente deuten auf eine offene Situation hin, und die Erwartungshaltung der Stimmberechtigten weist auf ein Ja hin. Aufgrund dieses uneinheitlichen Meinungsbildes muss der Abstimmungsausgang trotz gefestigtem Meinungsbild weiterhin offen gelassen werden.

## Mietrecht

### Untermiete: Gegenwärtige Stimmabsichten im Patt

Die anfängliche Zustimmung zur Mietrechtsvorlage zur Untermiete ist über die Hauptkampagnenphase hinweg betrachtet eingebrochen, bleibt aber noch knapp mehrheitlich. Anfang November spricht sich

### Eigenbedarf: Gegenwärtige Stimmabsichten im Nein

Rund 3 Wochen vor der Abstimmung hätten gestiegen 53 Prozent der Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht die Mietrechtsreform zum Eigenbedarf abgelehnt (+7 ppt.). Rückläufige 44

eine hauchdünne Mehrheit von 50 Prozent für diese Vorlage aus. 47 Prozent äussern sich dagegen. Unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers entspricht dies einer Pattsituation. Der Rückgang beim Ja (-9 ppt.) und die Zunahme beim Nein (+14 ppt.) entsprechen einem deutlichen Nein-Trend. Der ursprünglich komfortable Vorsprung der Ja-Seite erodierte durch diese Entwicklung innert Monatsfrist auf 3 Prozentpunkte (-23 ppt.).

Die Erwartungshaltung präsentiert sich dagegen stabil optimistisch: Eine stabile Mehrheit der Teilnehmewilligen geht von einer Annahme der Vorlage an der Urne aus (58% schätzen den Ja-Anteil für die Abstimmung auf über 50%). Und auch der erwartete Abstimmungsausgang bleibt knapp im Ja. Im Mittel wird der Ja-Anteil für die Mietrechtsvorlage zur Untermiete auf 51.2 Prozent geschätzt.

### **Untermiete: Stand der Meinungsbildung: mittel bis fortgeschritten**

Deutlich gestiegene 65 Prozent äussern feste Stimmabsichten (+18 ppt.), und gesunkene 3 Prozent sind unentschieden (-5 ppt.). Und auch die argumentative Untermauerung der Stimmenscheide ist nun deutlich erkennbar (Erklärungsgrad der Regression: 65%).

Das Meinungsbild hat sich somit innert Monatsfrist verfestigt, bleibt aber hinter jenem zum Autobahnausbau zurück. Es ist als mittel bis fortgeschritten einzustufen, so dass weiterhin gradueller Spielraum für Veränderungen in den Stimmabsichten existiert.



### **Untermiete: Vorläufiges Konfliktmuster: Parteipolitische Aufladung, Schichteffekte und regionale Einflüsse**

Die parteipolitische Orientierung und das Regierungsvertrauen sind weiterhin die wichtigsten Erklärungsfaktoren für die Stimmabsichten zur Mietrechtsreform Untermiete. Auch Alter, Einkommen, Sprachregion und Siedlungsart spielen eine signifikante Rolle. Ein allgemeiner Nein-Trend zeigt sich in fast allen Untergruppen, ausser bei FDP- und SVP-nahen Teilnehmewilligen, deren Stimmabsichten sich Richtung Ja verstärkt haben.

Polarisiert präsentiert sich nicht nur die gesamthafte Meinungsbildung zur Mietrechtsvorlage im Bereich der Untermiete sondern auch das Bild in den Untergruppen: Insgesamt äussern sich 16 der 32 untersuchten Untergruppen für die Vorlage und 16 dagegen.

Prozent hätten sie angenommen. (-5 ppt.) Aus einer Pattsituation zu Beginn der Hauptkampagnenphase hat sich durch diesen Nein-Trend eine mehrheitliche Ablehnung ergeben.

Passend dazu bleibt die Stimmung hinsichtlich des Abstimmungsausgangs pessimistisch: Stabile 52 Prozent gehen für den 24. November 2024 von einem Nein aus, unterlegene 48 Prozent von einem Ja. Im Mittel wird der Ja-Anteil auf 49.3 Prozent geschätzt. Erwartet wird entsprechend ein knappes Nein.

### **Eigenbedarf: Stand der Meinungsbildung: mittel bis fortgeschritten**

67 Prozent äussern gefestigte Meinungen entweder für oder gegen die Vorlage. (+15 ppt.) Nur 3 Prozent sind noch unentschieden. (-2 ppt.) Zudem lassen sich hohe 66 Prozent der Stimmabsichten anhand der Positionen bei den Argumenten erklären.

Der Stand der Meinungsbildung hat sich erwartungsgemäss verfestigt und ist als mittel bis fortgeschritten zu bewerten. Das lässt nur beschränkten Raum offen für Kampagnenwirkungen bei Unentschiedenen oder Personen mit wenig gefestigter Meinung. Sie bilden allerdings eine klare Minderheit.

### **Eigenbedarf: Vorläufiges Konfliktmuster: Widerstand von Links, von Jungen, aus der französisch- und deutschsprachigen Schweiz sowie aus städtischen Gebieten**

Die primäre Konfliktlinie der Stimmabsichten zur Mietrechtsrevision Eigenbedarf bestätigt sich entlang der Parteibindung. Weiter spielen das Alter der Teilnehmewilligen, ihr Vertrauensverhältnis zu Regierung und Parlament sowie ihre finanzielle Situation und regionale Grössen wichtige Rollen bei den Stimmabsichten zur Mietrechtsvorlage über den Eigenbedarf. Insgesamt wurden 28 der 32 hier ausgewiesenen Untergruppen vom allgemeinen Nein-Trend erfasst. Nur in fünf Untergruppen finden sich aktuell noch zustimmende Mehrheiten. In drei weiteren resultiert eine Pattsituation.

Im linken Spektrum ist man noch klarer gegen das Vorhaben als noch vor einem Monat. Neu reihen sich zudem die GLP-nahen und parteiungebundenen Teilnehmewilligen in das ablehnende Lager ein. Auch bei der Mitte-Wählerschaft zeigt sich ein Aufbau des

Die parteipolitische Orientierung der Teilnehmewilligen bleibt die stärkste Erklärungsgrösse für die Stimmabsichten zur Mietrechts-Reform im Bereich Untermiete. Eindeutig für die Vorlage bleiben SVP- und FDP-nahe Teilnehmewillige eingestellt. Sie wurden über die Hauptkampagnenphase in ihren Haltungen bestärkt. Teilnehmewillige aus dem Umfeld der Mitte bleiben ebenfalls mehrheitlich für die Mietrechtsreform, allerdings weniger deutlich als noch vor einem Monat. GLP-Sympathisant:innen gehören neu nicht mehr zum befürwortenden Lager. Die Parteiparole hat die Wählerbasis offensichtlich nun erreicht. Auch Parteiungebundene sind kritischer mit der Vorlage zur Untermiete als noch vor einem Monat; der Nein-Trend kehrte ihre ursprünglich relativmehrheitliche Unterstützung in relativmehrheitliche Ablehnung. Deutlich verfestigt haben sich zudem die ablehnenden Voten von Grüne- und SP-nahen Teilnehmewilligen. Damit hat sich das Stimmungsbild der Parteibasen über den Kampagnenverlauf hinweg jenem der Partei-eliten angepasst.

Neu äussern sich zudem regierungsmisstrauische Kreise mehrheitlich gegen die Vorlage. Und die ursprüngliche Skepsis gegenüber der Mietrechtsreform Untermiete der tiefsten Einkommensgruppe hat sich auf Haushaltseinkommen von bis zu 9000 CHF ausgeweitet. Nur noch die höchste Einkommensgruppe ist noch mehrheitlich für die Vorlage. Gekippt ist die Stimmung auch unter den jüngsten Teilnehmewilligen: Zeigten sie ursprünglich noch ein gewisse Offenheit gegenüber der Vorlage, sind sie zwischenzeitlich klar dagegen. Gleiches gilt auch für Frauen, die nun knapp mehrheitlich im Nein sind, während das Ja der Männer zwar sinkt aber zumindest bisher mehrheitlich bleibt.

Zugespitzt haben sich im Verlaufe der Hauptkampagnenphase auch regionale Effekte: Die ursprüngliche Zustimmung aus städtischen Gebieten und aus der französischsprachigen Schweiz ist weggebrochen. Jene aus dem ländlichen Raum, aus den kleinen und mittleren Agglomerationsgebieten sowie aus der deutsch- und Italienischsprachigen Schweiz bleibt bestehen.

Neins. Die Zustimmung bleibt aber zumindest vorerst mehrheitlich. Im Gegensatz dazu entwickeln sich die Stimmabsichten der FDP-nahen Teilnehmewilligen Richtung Ja weiter und jene der SVP-nahen halten sich bei 65 Prozent. Damit stehen die Parteiwählerschaften mit Ausnahme der GLP-nahen Teilnehmewilligen mehrheitlich auf Seiten der Position ihrer jeweiligen Mutterpartei.

Die Ablehnung von Teilnehmewilligen unter 40 Jahren hat sich über den Kampagnenverlauf weiter aufgebaut. Die ursprüngliche Unterstützung von Stimmberechtigten zwischen 40 und 64 Jahren ist einer Pattsituation gewichen, und Pensionierte zeigen sich stabil gespalten. Weiter angestiegen ist zudem die Skepsis jener Teilnehmewilligen, die der Regierung misstrauen, während die Zustimmung der Vertrauenden hält.

Regional betrachtet erweist sich der Nein-Trend als flächendeckend. Die ursprünglich knappe Zustimmung deutschsprachiger Teilnehmewilliger hat sich in knappe Ablehnung gewendet. Das «Non» aus der französischsprachigen Schweiz hat sich verfestigt. Aus der italienischsprachigen Schweiz gibt es jedoch trotz Nein-Trend noch ein knappes «Si». Das Ja aus ländlichen und intermediären Siedlungsgebieten hält knapp. Das Nein der Städter:innen präsentiert sich gefestigt.

Am Rande sind auch Schichteffekte erkennbar, insbesondere in Bezug auf das Haushaltseinkommen. Die Zustimmung der höchsten Einkommensgruppe hält sich knapp über der 50 Prozent-Marke, dann fällt sie mit dem Einkommen kontinuierlich ab.

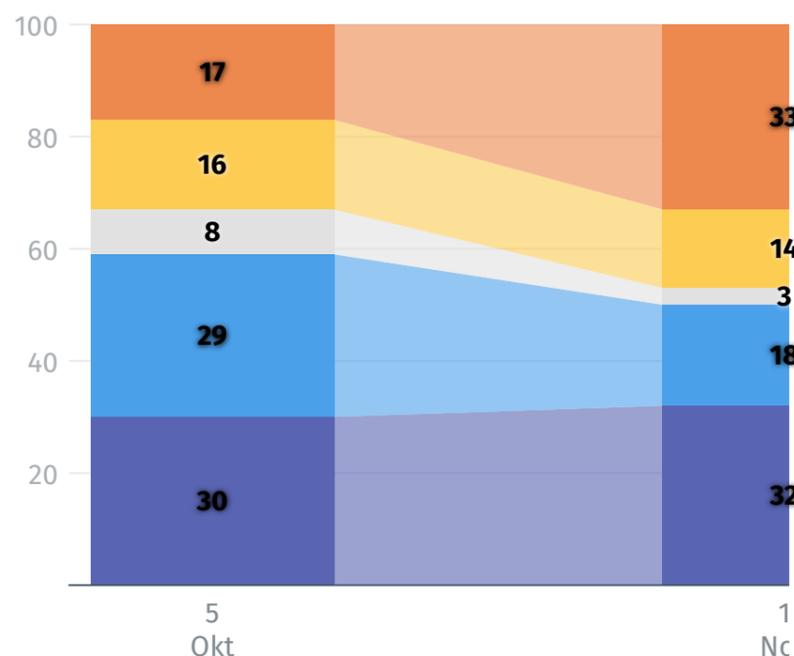
## Stimmabsicht Mietrecht: Untermiete

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Obligationenrechts zum Mietrecht: Untermiete abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

- Gesamte Schweiz
- Sprachregion
- Parteibindung
- Regierungsvertrauen
- Siedlungsart
- Alter
- Geschlecht
- Schulbildung
- Haushaltseinkommen
- Wohnsitz Schweiz/Ausland

bestimmt dafür    eher dafür    weiss nicht/keine  
Antwort    eher dagegen    bestimmt dagegen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)

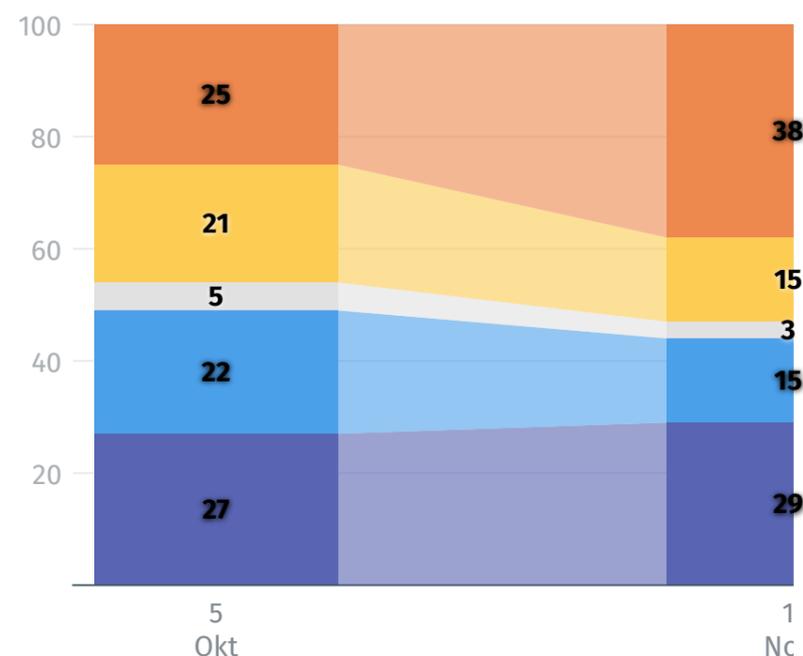
## Stimmabsicht Mietrecht: Eigenbedarf

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Obligationenrechts zum Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

- Gesamte Schweiz
- Sprachregion
- Parteibindung
- Regierungsvertrauen
- Siedlungsart
- Alter
- Geschlecht
- Schulbildung
- Haushaltseinkommen
- Wohnsitz Schweiz/Ausland

bestimmt dafür    eher dafür    weiss nicht/keine  
Antwort    eher dagegen    bestimmt dagegen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)



### Argumente Untermiete und Eigenbedarf: Mieter:innen wie Eigentümer:innen dürfen auf Verständnis zählen.

Grundsätzlich stehen sich in beiden Fragen des Mietrechts die Perspektiven zweier gesellschaftlicher Gruppen gegenüber: Jene der Mieter:innen und jene der Eigentümer:innen. Bemerkenswert ist dabei, dass 35 Prozent der Mieter:innen die Vorlage zur Untermiete annehmen wollen, jedoch nur 26 Prozent jene zum Eigenbedarf. Umgekehrt geben 37 Prozent der Eigentümer:innen an, die Vorlage zum Eigenbedarf anzunehmen und 34 Prozent jene zur Untermiete. Und beide dieser Gruppen können Mehrheiten für ihre Sichtweise auf die Vorlagen finden – Mieter:innen allerdings etwas deutlichere.

Die Akzeptanz der vier getesteten Contra-Argumente erweist sich als stabil: Rund zwei Drittel erachten die Gesetzesänderung zum Eigenbedarf als Schwächung des Kündigungsschutzes und damit der Position der

Ebenso pflichten 58 Prozent bei, dass es bereits heute verboten sei, Wohnungen ohne Einwilligung der Eigentümerschaft zu vermieten und zusätzliche Regelungen unnötig seien. Ähnlich hohe 57 Prozent taxieren die beiden Vorlagen als generellen Angriff auf den Mieterschutz.

Das überzeugendste Argument des Pro-Lages bleibt für 56 Prozent der Teilnehmewilligen die Verhinderung missbräuchlicher Untervermietungen über kommerzielle Online-Plattformen, auch wenn es an Unterstützung eingebüsst hat (-9 ppt.). Die Eigentümerschaft darf aber durchaus auf Verständnis bauen: Stabile 56 Prozent der Teilnehmewilligen sind einverstanden, dass Eigentümer:innen im Gegenzug dafür, dass die Eigentumsrechte bereits heute eingeschränkt sind, ihre Immobilien möglichst rasch selbst nutzen können sollten. Gemeinhin ist der Schutz des Eigentums ein mehrheitlich anerkannter Grundwert, welcher durch die Gesetzesänderungen von stabilen 54 Prozent als besser gewährleistet erachtet wird. Die Aussage, dass die Rechte der Mieter:innen durch die beiden Änderungen des

Mieter:innen. Dass die geplante Lockerung der Kündigung Eigenbedarf der Immobilien-Lobby helfe höhere Renditen zu erzielen, überzeugt 58 Prozent der Teilnehmewilligen.

Mietrechts in keiner Weise eingeschränkt werden, provoziert allerdings: Stabile 61 Prozent der Teilnehmewilligen stellen sich dagegen. Lediglich 34 Prozent pflichten bei.

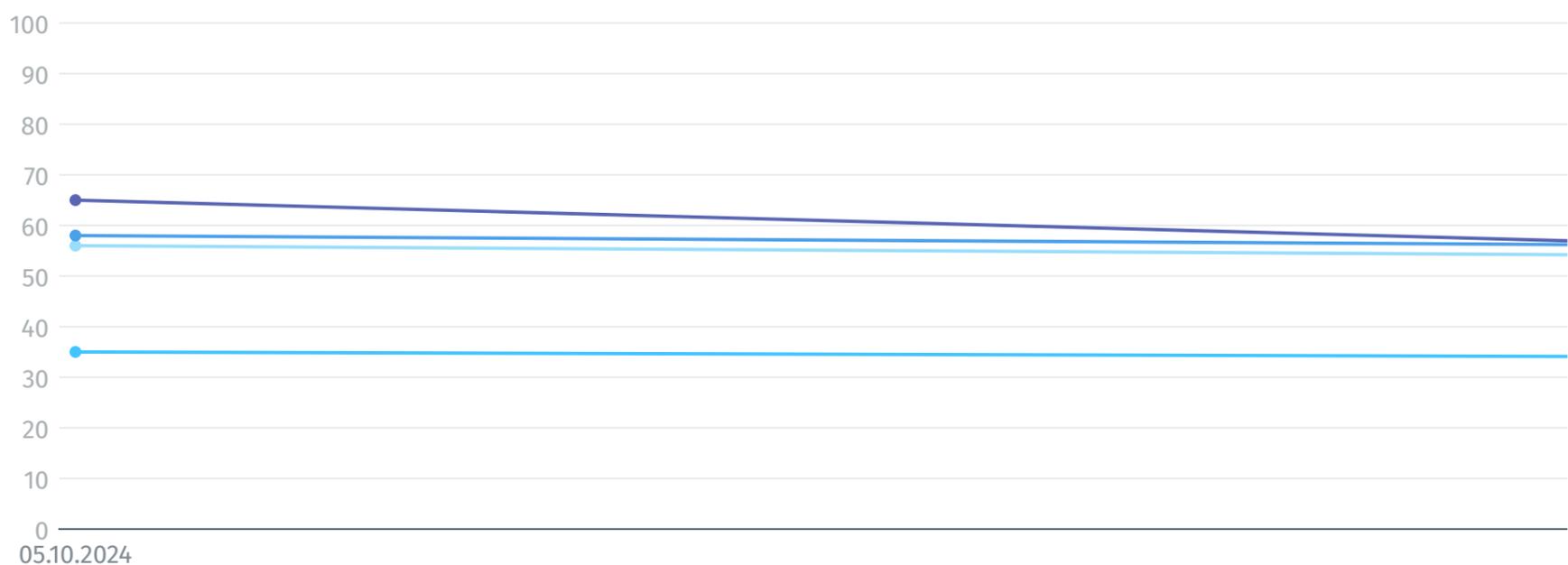
## Pro-Argumente Mietrecht

Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit den Änderungen des Obligationenrechts zum Mietrecht immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

Pro-Argumente    Contra-Argumente

— Die Gesetzesänderung zur Untervermietung verhindert Missbräuche, wie die kommerzielle Untervermietung über Online-Plattformen. — Da die Eigentumsrechte bereits eingeschränkt sind, sollen Eigentümerinnen und Eigentümer im Gegenzug die Wohnungen und Geschäftsräume möglichst rasch selbst nutzen können. — Der Schutz des Eigentums ist ein zentraler Grundwert unserer Gesellschaft und wird durch die Gesetzesänderungen besser gewährleistet. — Durch die beiden Änderungen des Mietrechts werden die Rechte der Mieterinnen und Mieter in keiner Weise eingeschränkt.



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)

### Wirkungsanalyse Untermiete: verhindert Missbrauch vs. Angriff auf Mieterschutz

Indexiert stehen stabile 42 Prozent (-1 ppt.) den Argumenten der Befürworterschaft näher, gestiegene 55 Prozent (+8 ppt.) jenen der Gegnerschaft, und die restlichen 3 Prozent zeigen sich indifferent (-7 ppt.).

Ein Ja zur Gesetzesänderung im Bereich der Untermiete wird noch immer am stärksten von der Aussage getragen, dass missbräuchliche Untervermietungen über Online-Plattformen damit verhindert werden. Weiter befördert die Betonung des Schutzes von Eigentum als zentralem Grundwert unserer Gesellschaft ein Ja.

Die gegnerische Rahmung beider Vorlagen zum Mietrecht als Angriff auf den Mieterschutz scheint sich auszuzahlen: Neu ist dies das wirksamste Argument für ein Nein zur Untermiete. Die Argumentation, dass es bereits heute verboten sei, ohne Einwilligung der Vermieterin bzw. des Vermieters unterzuvermieten wurde über den Verlauf der Hauptkampagnenphase auf den vierten Rang der Wirksamkeit verwiesen. Am

### Wirkungsanalyse Eigenbedarf: Schutz des Eigentums vs. Angriff auf Mieterschutz

Indexiert man die Haltungen zu den Argumenten, stehen gestiegene 50 Prozent den Gegner:innen näher (+7 ppt.), stabile 44 Prozent den Befürworter:innen. Halbiert hat sich der Anteil Indifferenten (6%). Auch argumentativ ist damit ein Nein-Trend erkennbar.

Die Wirkungsanalyse der Argumente bestätigt jedoch, dass die Meinungsbildung zur Gesetzänderung im Bereich des Eigenbedarfs stark auch von der Befürworter:innen-Seite geprägt wird. Im Zentrum stehen die Argumente, dass der Schutz des Eigentums durch die Gesetzesänderungen besser gewährleistet werde und dass Eigentümer:innen wegen der bereits eingeschränkten Eigentumsrechte ihre Immobilien wenigstens rasch selbst nutzen können sollen. Diese Ansichten sind die Stützen der Ja-Seite.

Ein Nein zur Gesetzesänderung im Bereich Eigenbedarf erklärt sich am besten durch die Ansicht, die Vorlagen seien Angriffe auf den Mieterschutz. Darüber hinaus wirken die höheren Renditen der

Rande befördert zudem die Ansicht, dass die Rechte der Mieter:innen nicht eingeschränkt werden, ein Ja.

Alles in allem erklären die acht getesteten Argumente 65 Prozent der Ja- und der Nein-Stimmen, was einem hohen Wert entspricht.



### Untermiete: Trend in der Meinungsbildung

Während der Hauptkampagnenphase hat sich ein deutlicher Nein-Trend zur Mietrechtsvorlage Untermiete entwickelt, was für eine Behördenvorlage dem Ausnahmefall der Meinungsbildung entspricht. Der übliche Angleich an die Position von Parlament und Bundesrat blieb aus, stattdessen wandelte sich die Meinungsbildung bei vielen Untergruppen in Richtung Ablehnung: Aus ursprünglich 3 ablehnenden Untergruppen wurden innert Monatsfrist deren 16. Inhaltlich liegt diese Entwicklung im Eindruck begründet, dass es sich bei der Reform um einen Angriff auf den Mieterschutz handle und eine Regelung unnötig sei, weil bereits heute ausreichende Einschränkungen der Untermiete existieren.

Die Befürworterschaft weiss jedoch ebenfalls 16 Untergruppen und eine hauchdünne Mehrheit für die Vorlage hinter sich. Inhaltlich punktet sie mit dem anerkannten Problemdruck rund um kommerzielle Untervermietungen über Online-Plattformen aber auch mit der Betonung des Schutzes von Eigentum als zentralem Grundwert unserer Gesellschaft.

Welche Leseweise sich letztlich durchsetzt ist angesichts der knappen Stimmverhältnisse auch von der Schlussmobilisierung abhängig. Für den Moment scheint aber die gegnerische Strategie, die beiden Mietrechtsvorlagen gemeinsam unter dem Blickwinkel Angriff auf den Mieterschutz anzugreifen, Früchte zu tragen.

Aufgrund der engen Stimmverhältnisse aber auch der Ambivalenzen zwischen der Erwartung der Teilnehmewilligen und ihren Stimmabsichten muss der Abstimmungsausgang in Unkenntnis der finalen Mobilisierung weiterhin offengelassen werden.

Immobilien-Lobby als zweitstärkster Grund gegen die Vorlage. Nur noch am Rande wirkt jedoch die Schwächung des Kündigungsschutzes auf das Nein.

### Eigenbedarf: Trend in der Meinungsbildung

Der grundsätzlich hoch gewichtete Schutz des Eigentums in der Schweiz und ein daraus abgeleiteter und akzeptierter Anspruch in Bezug auf die Nutzung von Wohneigentum reichen als Stützen der Ja-Seite nicht aus. Die Leseweise und Warnung der Gegnerschaft dominiert: Die Vorlage wird als Angriff auf den Mieterschutz gelesen. Das trifft in der Schweiz als Land von Mieter:innen auf breite Skepsis.

Diese Skepsis äussert sich in Form eines Nein-Trends, welcher die ursprüngliche Pattsituation in Ablehnung gekehrt hat. Eingangs unentschlossene Gruppen haben sich eher der Nein-Seite zugewandt. Der Nein-Trend ist zudem auf Ebene der Argumente nachvollziehbar und deckt sich mit der Erwartungshaltung der Stimmberechtigten, dass die Vorlage zum Eigenbedarf an der Urne scheitern wird.

Insgesamt entspricht dies einem kohärenten Meinungsbild im Nein, womit eine Ablehnung der Vorlage zum Eigenbedarf das wahrscheinlichste Szenario für den 24. November 2024 darstellt.

Ein solcher Nein-Trend zu einer Behördenvorlage entspricht dabei dem Ausnahmefall der Meinungsbildung. Gleiches gilt für die erwartbare Ablehnung der Vorlage. Ausgehend von der Vorlage zum Eigenbedarf hat sich diese Skepsis auf die zweite Vorlage zum Mietrecht übertragen, die ebenfalls von einem Nein-Trend erfasst wurde. Das Meinungsbild präsentiert sich dort jedoch noch etwas offener.

## Einheitliche Finanzierung Gesundheitswesen

### Gegenwärtige Stimmabsichten im Ja

Eine Mehrheit von 54 Prozent der Teilnehmewilligen hätte Anfang November 2024 bestimmt oder eher für die einheitliche Finanzierung im Gesundheitswesen (EFAS) gestimmt. 37 Prozent äusserten sich eher oder

### Mittel fortgeschrittener Stand der Meinungsbildung

53 Prozent äussern nun feste Stimmabsichten. Nur eine knappe Mehrheit hat sich bestimmt für oder gegen EFAS ausgesprochen. Die Stimmenabsichten sind argumentativ gegenüber dem Vormonat jedoch

klar dagegen. 9 Prozent waren noch ganz unentschieden. Der Vorsprung der Ja-Seite beträgt somit noch 17 Prozentpunkte. Der Trend verläuft deutlich Richtung Nein: Die Kontroverse um die Vorlage verschärft sich.

Wer teilnehmen will, erwartet auch eher eine Annahme: Der Ja-Anteil für den Abstimmungssonntag wird im Mittel auf 52.5 Prozent geschätzt. 66 Prozent der Teilnehmewilligen gehen von einer Annahme aus.



### Vorläufiges Konfliktmuster: Soziale Schicht bedeutsam

Der Links-Rechts-Graben hat sich verschärft. Die SP-Anhängerschaft ist nun deutlich im Nein-Lager, unter grün Gesinnten ist die Nein-Seite stärker geworden als die Ja-Seite. Markant ist der Rückgang der Ja-Tendenz bei Parteiungebundenen – obwohl viele noch unentschieden sind, resultiert praktisch ein Patt mit 40 Prozent Ja-Stimmabsicht zu 39 Prozent Nein. Die noch vorhandene Ja-Mehrheit kommt wegen Mitte-Rechts zustande. Tendenziell baut sich auch in diesem ideellen Rahmen Kritik auf, aber nicht im gleichen Ausmass wie im politisch linken Spektrum oder bei Parteiungebundenen. Bei der FDP-Anhängerschaft bleibt es stabil bei einer Dreiviertelmehrheit zugunsten der Vorlage. Anfang November wären die Mehrheiten der Parteanhängerschaften so gelegen, wie es die Parolen der jeweiligen Parteien nahelegen.

Die Zustimmungsbereitschaft hängt noch deutlicher vom Regierungsvertrauen ab als in der ersten Befragung. Regierungsvertrauende wollen klar mehrheitlich für die einheitliche Finanzierung stimmen. Wer dies nicht tut, wird gegenüber der Vorlage zunehmend kritisch. Mit 50 Prozent ist zurzeit genau die Hälfte der Regierungsmisstrauischen gegen die Vorlage.

Die Schichtzugehörigkeit spielt neben der ideellen Orientierung eine grosse Rolle.

besser abgestützt. Insgesamt entspricht dies einem mittel fortgeschrittenen Stand der Meinungsbildung. Im Vergleich zu anderen Vorlagen vom gleichen Abstimmungstag bleibt bei dieser Vorlage am meisten Unsicherheit und damit Raum für die Meinungsbildung.

Untere Mittelschichten sind nicht mehr mehrheitlich für die Vorlage. Allerdings gibt es auch (noch) keine Einkommensgruppe, die mehrheitlich gegen die Vorlage wäre. Bei den hohen und höchsten Einkommenschichten ist der Rückgang bei Ja gering.

In der französischsprachigen Schweiz ist die Unsicherheit zu Beginn der Debatte aufgrund der Meinungstrends in diesem Abstimmungsjahr erwartungsgemäss einer kritischen Beurteilung gewichen. Viele Französischsprachige sind nach wie vor unentschieden, aber klar höhere Anteile wollen Nein anstatt Ja stimmen. Der Trend läuft deutlich Richtung Nein. Mehrheiten gegen die Vorlage in der Romandie sind zu erwarten. Ob dies das gesamtschweizerische Bild prägen wird, hängt von den beiden anderen Sprachregionen ab, wo das Ja bisher trotz leichtem Nein-Trend Vorteile hat. In der italienischsprachigen und deutschsprachigen Schweiz wollten Anfang November je 58 Prozent Ja stimmen. Im Vergleich dazu sind die regionalen Unterschiede und die Entwicklungen der Meinungsbildung weniger stark von den Unterschieden zwischen Stadt und Land geprägt. Auch weniger ausgeprägt sind bei dieser Vorlage die Unterschiede nach Alter. Noch will eine Mehrheit der Personen im Rentenalter Ja stimmen.

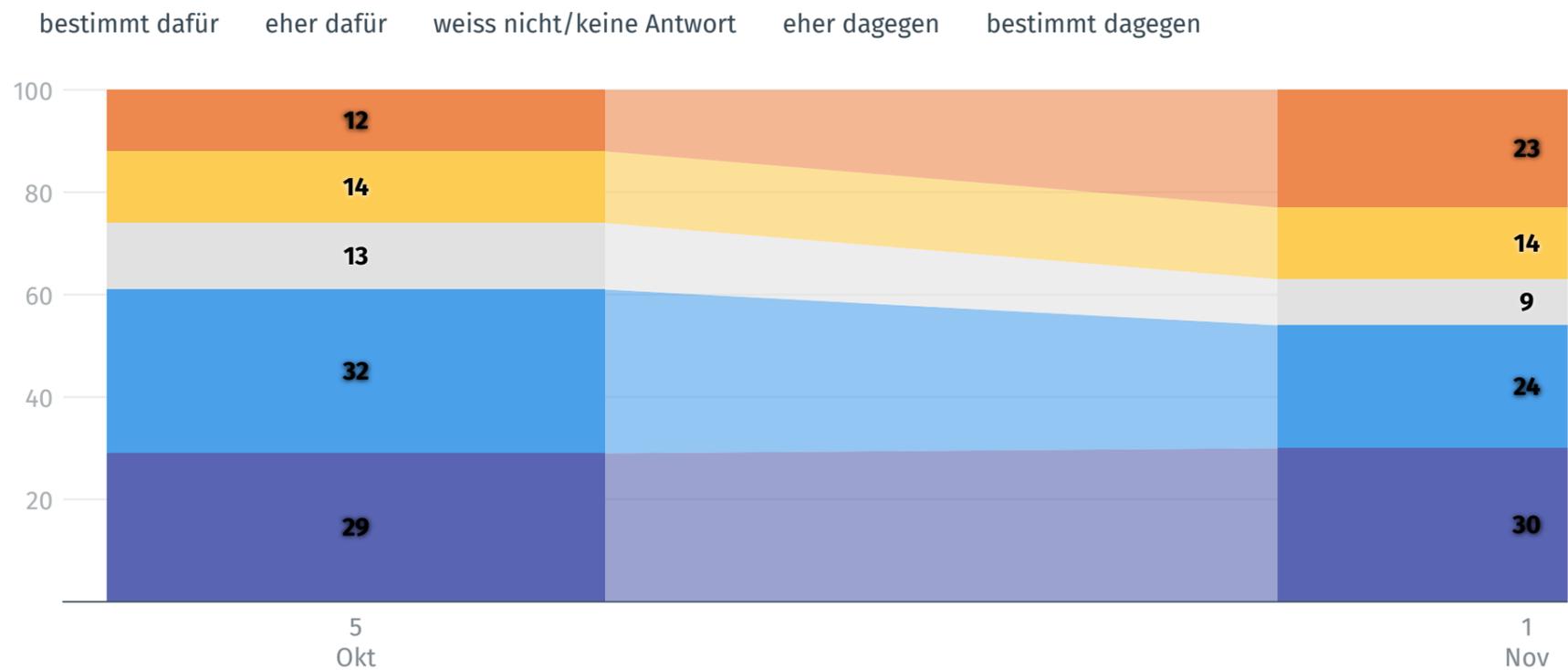
Bemerkenswert ist der akzentuierte Geschlechtergraben. Frauen sind deutlich kritischer gegenüber EFAS geworden, während der Rückgang bei den Männern moderat blieb.

## Stimmabsicht Finanzierung Gesundheitswesen EFAS

Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

Gesamte Schweiz Sprachregion Parteibindung Regierungsvertrauen Siedlungsart Alter Geschlecht  
Schulbildung Haushaltseinkommen Wohnsitz Schweiz/Ausland



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)



### Argumente: Kosten Langzeitpflege und Prämien steigen vs. effizienteste Versorgung ohne Qualitätseinbussen

Der Vorsprung der Ja-Seite inhaltlich betrachtet ist geringer als dies bei den Stimmabsichten zum Ausdruck kommt (47% argumentative Unterstützung vs. 54% «bestimmt oder eher dafür»). Argumentativ bleiben gewisse Vorteile der Ja-Seite, wenn über die zunehmend ambulant erfolgende Versorgung gesprochen wird. Umstritten ist die Wirkung der Reform auf effiziente Versorgung ohne Qualitätseinbussen. Noch 50 Prozent stimmen diesem Argument zu. Insgesamt verlieren mit dem Nein-Trend auch die Ja-Argumente an Überzeugungskraft, während die Nein-Argumente zulegen.

Auf der Nein-Seite befürchten 61 Prozent, dass die Krankenkassen dank mehr Verantwortung und Macht die Kontrolle über das Gesundheitssystem übernehmen.

Zwischenzeitlich sieht eine knappe Mehrheit eine Verschärfung des Kostendrucks aufgrund der Reform, was die Qualität reduziert ohne bestehende Probleme zu lösen.

Noch 53 Prozent (-7 ppt.) folgen dem Argument der Ja-Seite, wonach eine Prämientlastung bei tiefen und mittleren Einkommen winkt. 50 Prozent folgen umgekehrt dem Argument der Nein-Seite, wonach die Mitfinanzierung der Langzeitpflege ab 2023 zu einem Prämienschock führen kann.

Diese umstrittene Kostenfrage steht nun im Zentrum der Debatte und erklärt den Nein-Trend mit. Auf der Ja-Seite wirkt dagegen die Hoffnung auf effizientere und qualitativ hochwertige Behandlung sowie auf eine Entlastung von weniger privilegierten Haushalten.

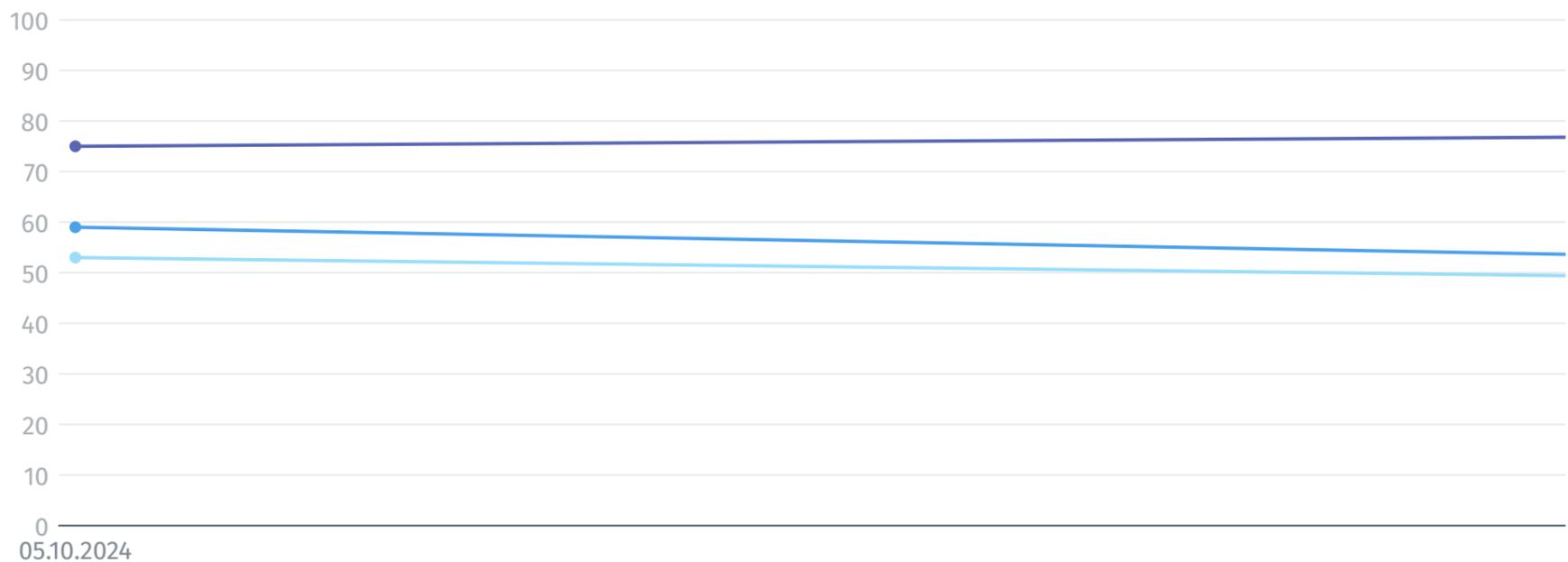
## Pro-Argumente Finanzierung Gesundheitswesen EFAS

Ich lese Ihnen jetzt einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

Pro-Argumente    Contra-Argumente

— Es macht Sinn, dass mehr Behandlungen ambulant erfolgen, weil das auch für die Patient:innen weniger belastend ist. — Die stärkere Belastung für tiefere bis mittlere Einkommen durch nicht einkommensabhängige Prämien wird durch die Mitbeteiligung der Kantone im ambulanten Bereich sozialverträglicher gemacht. — Durch die Gesetzesänderung wählen Kantone und Versicherer die effizienteste Versorgung, ohne Einbussen bei der Qualität der Behandlung in Kauf zu nehmen.



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=9151)



### Trend in der Meinungsbildung

In der ersten Welle war viel Unsicherheit vorhanden, die sich bis drei Wochen vor der Abstimmung noch nicht komplett beseitigen liess.

Nun wachsen aber auch inhaltliche Zweifel. Wie im Jahr 2024 üblich, setzte das Referendums-Komitee mit seiner Gegen-Argumentation den Trend Richtung Nein. Nicht nur Regierungsmisstrauische zweifeln an der Reform. Der Ausgang der Abstimmung wird davon abhängen, wer die letzte Phase inhaltlich dominiert. Erneut gibt es klare Hinweise darauf, dass die gewerkschaftliche Seite in bevölkerungsreichen und spezifisch ansprechbaren Gruppen mit ihren Argumenten besonders stark durchdringt: Frauen, Französischsprachige aber auch Parteiungebundene sind eher kritisch geworden im Vergleich zu den jeweiligen Vergleichsgruppen.

Erfasst der Trend nun auch auf ideeller Ebene das Lager Mitte-Rechts, sinken die Annahmehancen deutlich. Ein Sieg der Opposition rückt in Griffweite.

Noch stimmen die Mehrheiten der Anhängerschaften von Parteien aus dem Mitte-Rechts-Lager mit den Parolen überein – der Nein-Trend ist nur gering.

Andere Zielgruppen könnten diesmal aber den Ausschlag für einen Sieg der Regierungsseite geben. So sind Menschen im Pensionsalter ganz anders von der Reform betroffen als bei der BVG-Reform oder der 13. AHV-Rente. Dort wirkt die gewerkschaftliche Argumentation nun weniger. Und bei noch nicht entschiedenen Parteiungebundenen könnte das argumentative Patt bei den Kostenfolgen sogar zu Ja-Stimmen führen.

Das nun vorliegende Ausnahmeszenario der Meinungsbildung mit steigendem Nein-Anteil über den Kampagnenverlauf ist wie stets im Jahr 2024 bei von links geführten Kampagnen eingetreten. Noch hat die Ja-Seite 4 Prozentpunkte Vorsprung auf die entscheidende 50-Prozent-Marke. Ohne spezifische Zusatzmobilisierung von links und bei unsicheren Zielgruppen bleiben drei Wochen vor dem Abstimmungstag leichte Vorteile für die Ja-Seite.

## Teilnahmeabsichten

### Durchschnittliche Teilnahmeabsicht



### für die Abstimmung vom 24. November 2024

Die bisher gemessene Beteiligungsbereitschaft für den 24. November 2024 liegt mit aktuellen 51 Prozent über dem langjährigen Durchschnitt (47% zwischen 2011 und 2023 gemäss BFS).

Für den Moment zeichnet sich somit eine leicht überdurchschnittliche Teilnahme am Urnengang vom 24. November 2024 ab.



### Profil der Beteiligungswilligen

Wie üblicherweise bekunden ältere, höher gebildete und besser verdienende Stimmberechtigte erhöhte Teilnahmeabsichten. Sofern

die Debatte nicht noch verstärkt weitere Kreise erfasst, dürfte das Muster der Teilnahme am 24. November 2024 dem jetzigen naheliegen. Nennenswert ist, dass Stimmberechtigte, die der Regierung eher skeptisch gegenüberstehen, eine erhöhte Teilnahmebereitschaft aufweisen. (55%, +5 ppt.) Angestiegen ist aber auch jene Bereitschaft für eine Teilnahme der Stimmberechtigten mit Vertrauen in die Regierung. (49%, + 6ppt.) Gleiches gilt für die Links-Grün-affinen Wählerschaften sowie für FDP-Wählende. (52%, +9 ppt.)

Besonders mobilisiert wurden über den Kampagnenverlauf Wählende der GPS (73%, +28 ppt.) und der GLP. (61%, +18 ppt.) Ein gewisser Schub ist auch bei Parteiungebundenen und im Umfeld der FDP erkennbar. (PUG: 41%, +12 ppt., FDP: 52%, +9 ppt.) Und zudem gilt, dass Männer stärker mobilisiert sind als Frauen. (56% +10 ppt. vs. 45% + 3 ppt.)

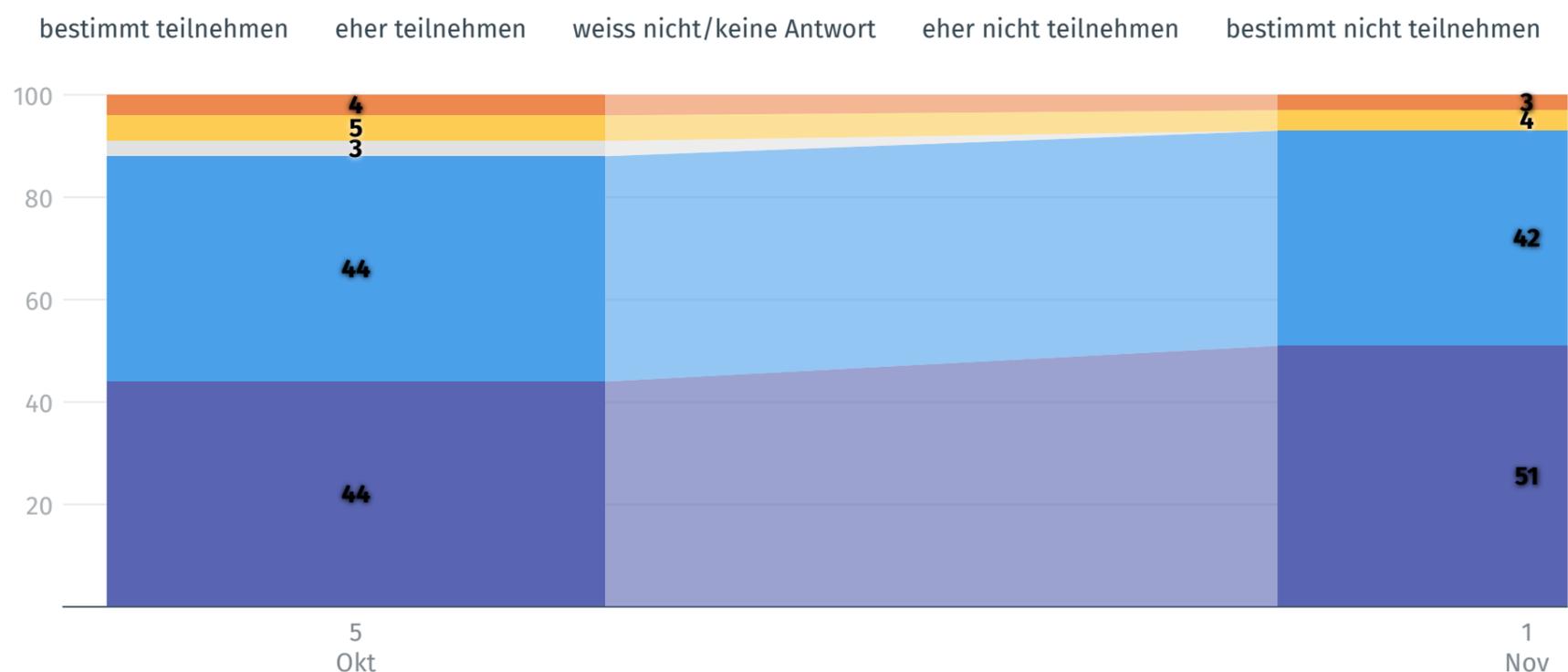
Sprachregional betrachtet ist die Mobilisierung in der deutschsprachigen Schweiz leicht höher als in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. (DCH: 52%, FCH: 47%, ICH: 47%) Am tiefsten fällt die Mobilisierung bei den Stimmberechtigten mit mittlerer Bildungsstufe (39%) aus.

## Trend Teilnahmeabsicht

Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?

in % Stimmberechtigter

- Gesamte Schweiz
- Sprachregion
- Parteibindung
- Regierungsvertrauen
- Siedlungsart
- Alter
- Geschlecht
- Schulbildung
- Haushaltseinkommen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 24. November 2024, 2. Welle, 28. Oktober - 7. November 2024 (n=1207)

## Zitierweise

Zweite Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 24. November 2024 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 28. Oktober und dem 7. November 2024 bei 10'358 Stimmberechtigten. Der statistische Fehlerbereich beträgt +/-2.8 Prozentpunkte.

## Methode und Datengrundlage



Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut

gfs.bern vor.

Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy. Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als Opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten in der CATI-Befragung überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.

Weiterführende Informationen zur Theorie und der Methode der SRG-Trendumfragen finden sich [hier](#).

### Technischer Kurzbericht

**Auftraggeber:** CR-Konferenz der SRG SSR

**Grundgesamtheit:** Stimmberechtigte Schweizer:innen

**Herkunft der Adressen CATI:** Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste,

**Herkunft der Adressen Online:** Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR

**Datenerhebung:** telefonisch, computergestützt (CATI) und Online

**Art der Stichprobenziehung CATI:** at random/Geburtstagsmethode im Haushalt geschichtet nach Sprachregionen

**Art der Stichprobenziehung Online:** offene Mitmachumfrage

**Befragungszeitraum:** 28. Oktober– 7. November 2024

**mittlerer Befragungstag:** 1. November 2024

**Stichprobengrösse:** minimal 1'200, effektiv 10'358 (Cati: 1'207, Online: 9'151), n DCH: 7'927, n FCH: 2'088, n ICH: 343

**Stichprobenfehler:** ± 2.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

**Quotenmerkmale CATI:** Geschlecht/Alter interlocked

**Quotenmerkmale Online:** keine

**Gewichtung:** Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteaaffinität, Recall, Teilnahme

**mittlere Befragungsdauer CATI:** 14.5 Minuten (Standardabweichung: 4.4 Minuten)

**Publikation:** 13. November 2024, 6h00